

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Wiedervereinigung und Atomrüstung

Unter dem Titel „Zur Überwindung der deutschen Spaltung“ hat der Bundestagsabgeordnete *Herbert Wehner* in der Zeitschrift *Außenpolitik* (11) einen Aufsatz veröffentlicht, der zum Nachdenken „und vielleicht auch zu gewissen Versuchen“ anregen möchte. Gerade in ihrer außerordentlich besonnenen und zurückhaltenden Formulierung hinterläßt diese Betrachtung einen starken Eindruck. Wir müssen uns damit begnügen, einige wenige charakteristische Sätze zu zitieren:

„Im Bewußtsein dessen, daß die andere Seite, die Macht hat auf der anderen Seite der Zonengrenze, nicht zu umgehen ist, werden wir uns auch über solche Schritte Gedanken machen müssen, die geeignet sind, *jene Seite einzubeziehen in gewisse Regelungen*. Angesichts der Einwände der Bundesregierung, die mit Sorge alles zu vermeiden trachtet, was von ihr und von anderen als eine Anerkennung im Völkerrecht, im juristischen Sinn, und damit als Besiegelung der Spaltung betrachtet wird, werden wir dafür werben müssen, daß man nach Umwegen sucht. . . Die Bundesregierung sieht sich auch nicht imstande, den Gedanken der *Konföderation* ins Auge zu fassen. Sie hat dafür ebenfalls politische Gründe. Ich hoffe, es sind Gründe, die wandelbar sind, wandelbar viel-

leicht mit der Wandlung der Verhältnisse. Aber meine Frage ist: Muß unsere Regierung nicht wenigstens bereit sein, Vorschläge zu erörtern, durch die ein Instrument geschaffen werden kann, das zur inneren Verklammerung der Teile Deutschlands dienen könnte?“

*

Unter dem Motto „Verhandelt, sonst droht uns Krieg!“ veröffentlicht die Münchener Halbmonatsschrift *Die Kultur* (Nr. 120) ein breit angelegtes Interview mit dem Hamburger sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten *Hellmut Kalbitzer*. „Der erste Fels, der auf den Weg zur Wiedervereinigung gerollt wurde“, stellt Kalbitzer zunächst fest, „war der Beitritt der Bundesregierung zur NATO. Die Russen haben 1952 mit einer an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassenden Klarheit erklärt, daß der Beitritt der Bundesrepublik zu einem antirussischen Militärbündnis die Wiedervereinigung auf den St.-Nimmerleins-Tag verschiebe. Die NATO ist erklärtermaßen ein antirussisches Militärbündnis. Der Gegenzug der Russen war, die DDR dem östlichen Militärblock einzugliedern.“

Was müßte nun geschehen, um auf dem Wege der Wiedervereinigung trotzdem schrittweise vorwärtszukommen? Kalbitzer sagt: „Die DDR ist ein Faktum. Man kann sich überlegen, ob man die DDR ignorieren will und damit alle Versuche, zur Wiedervereinigung zu kommen, ausschließt, oder ob man die DDR als Tatsache hinnehmen und zu Verhandlungen

kommen will ... Es gibt eine Zahl von Verhandlungspunkten, die zu klären sind und die das deutsche Schicksal in der jetzigen Situation erleichtern würden ... Es gibt unter kommunistischen Regimen Abstufungen, und selbst wenn der östliche Teil Deutschlands, die DDR, noch kommunistisch ist und auch längere Zeit kommunistisch bleibt, so kann es natürlich eine Besserung der Lage unserer Deutschen dort geben. Dafür muß man eintreten!“

Sehr scharf kritisiert der sozialdemokratische Abgeordnete Adenauers Politik: „Was den antikomunistischen Kampf Adenauers angeht, so kann man dazu sagen: Mit diesem Antikomunismus hat schon Hitler das deutsche Volk gewonnen. Die Adenauersche Politik bedient sich in diesen Fragen des faschistischen Jargons ... Den unglückseligen Kreislauf der deutsch-östlichen Beziehungen zu durchstoßen, ist eine der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung. Ebenso wie wir freundschaftliche Beziehungen zum Westen haben, brauchen wir auch gute Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Wer, wie Adenauer, die Kommunistenfurcht schürt, will die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln nicht!“

Kalbitzer erklärt dann, daß es gar nicht um die Anerkennung der DDR gehe, wohl aber um die Bereitschaft, mit der DDR über die innerdeutschen Beziehungen zu verhandeln. Darum fordere die SPD ein *Amt für innerdeutsche Regelungen*, das vor allem über das Verhältnis der beiden deutschen Armeen zueinander Verhandlungen führen müsse: „Wenn das augenblickliche Wettrüsten zwischen Bundeswehr und Volksarmee der DDR einige Jahre weitergeht, haben wir in Deutschland Verhältnisse wie in China, d. h., wir schreiten direkt auf einen Bürgerkrieg zu, auf eine Selbstzerfleischung. Ein Bürgerkrieg in Deutschland wäre ein viel gefährlicherer Zündstoff in der Weltpolitik als der Krieg um Matsu und Quemoy. Es müßten also Verhandlungen stattfinden, wie dieses innerdeutsche Wettrüsten zu begrenzen ist ... Atomrüstung ist für Deutschland nichts als Selbstmord und bedeutet die allergrößte Unsicherheit für uns.“ Abschließend sagt Kalbitzer: „Ich glaube, wenn die öffentliche Meinung schneller als die Bundesregierung die Realität begreift, daß es zwei deutsche Staatsteile gibt, dann wird auch die Bundesregierung zum Nachgeben gezwungen sein.“

*

„Ist die Atombombe kontrollierbar?“ fragt in der katholischen Monatsschrift *Hochland* (Dezember) Clemens Münster. In gründlicher Untersuchung aller Auswirkungen der Atombombe kommt der Verfasser zu einer eindeutigen Verneinung dieser Frage und zu dem Schluß, „daß der Christ die Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen ebenso wie die H-Bombe ablehnen muß“.

In einem Schlußkapitel seiner umfangreichen Arbeit macht dann Clemens Münster bemerkenswerte Ausführungen zur theologisch-ethischen Seite des Problems: „Ich nehme an, es geht den christlichen Befürwortern der europäischen atomaren Rüstung auch um das Heil der Seelen und nicht nur um Güter minderen Ranges, wie Lebensstandard oder jene Freiheit, deren man beraubt werden kann. Soweit es um die Seelen geht: Tote bekehren sich nicht, weder auf unserer noch auf der anderen Seite. Kann man mit Gewalt bekehren? Die bittere Lehre der Kirchengeschichte verneint es. Wer an der Möglichkeit verzweifelt, jemals den anderen für das Christentum zu gewinnen, macht ihn zum absoluten Feind, ja, er erklärt ihn für das Böse selbst. Das wären zwei entsetzliche Irrtümer auf einmal.“

Weiter sagt Münster: „Es ist uns nicht verwehrt, für unsere Sache zu kämpfen. Aber wir dürfen uns vom möglichen Leiden nicht durch die Schuld loskaufen. Wenn das Tun fragwürdig ist, müssen wir uns des Tuns enthalten. Das Abendland kann nicht durch Waffen getretet werden, deren Anwendung unsere Tradition desavouiert. Das Christentum darf nicht durch Mittel verteidigt werden, die es in seinem Kern, dem Liebesgebot, aufheben. Das kann schwere Opfer, es kann für die geistig führende Schient den Untergang bedeuten. Christen müssen für das Leiden, sogar für den Tod bereit sein, wenn es keinen anderen Weg gibt, die anvertrauten Güter zu retten ... Vielleicht können wir das uns Anvertraute nur retten, indem wir darauf verzichten, es mit allen Mitteln zu verteidigen.“

Bemerkenswerte Selbstkritik

Unter dem Titel „Verlegenheit führender CDU-Gewerkschafter“ nehmen die *Gesellschaftspolitischen Kommentare* (Nr. 23) kritisch zu einigen Vorgängen der letzten Zeit Stellung: „Es muß bedauert werden, daß weder der Bundesarbeitsminister Blank noch sein Staatssekretär, noch ein anderer Vertreter dieses Ministeriums nach Nürnberg (zum Kongreß der IG Metall, Die Red.) gekommen waren. Ihr Ausbleiben wurde allgemein als Affront gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung empfunden und bezeichnet. Es ist nur schwer verständlich, warum Bundesminister Blank trotz aller Angriffe, die von der IG Metall gegen ihn erhoben worden sind, nicht das Forum der größten deutschen und europäischen Gewerkschaft benutzt hat, um grundsätzliche Ausführungen zu einer Reihe von Problemen zu machen und hierdurch die Diskussion in den Gewerkschaften zu fördern ... Der IG-Metall-Kongreß wie auch die sonstigen Gewerkschaftskongresse vermittelten häufig den Eindruck, daß die heutigen führenden Gewerkschafter der CDU, die aus der früheren christlichen Gewerkschafts-

Bewegung stammen, die Verbindung mit den Gewerkschaften weitgehend verloren haben. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß sie nach dem Kriege in die Parteipolitik übergewechselt sind und für die Betätigung in den Gewerkschaften nicht mehr die notwendige Zeit haben aufwenden können. Ihr Interesse hat offensichtlich weitgehend der personellen Seite gegolten. Ob von ihrer Seite indes genügend geschehen ist, um qualifizierte Nachwuchskräfte in ausreichender Zahl heranzuziehen, erscheint mehr als zweifelhaft. Die Möglichkeiten dazu hätten sicher bestanden, zumal das Bildungswesen seit der Gründung des DGB in der Hand eines Vertreters der christlichen Richtung liegt.“

Abschließend heißt es dann: „Es kann nur bedauert werden, daß die heutigen führenden christlichen Gewerkschafter in der CDU sich gegenüber dem DGB auf personelle Forderungen beschränken und, bisher wenigstens, die Auseinandersetzung über sachliche Probleme nicht suchen. Wie kann man aber von führender parteipolitischer Stelle aus versuchen, personelle Forderungen an die Gewerkschaften zu stellen, ohne sich in der täglichen Arbeit innerhalb der Gewerkschaften und in der innergewerkschaftlichen Diskussion über die gemeinsam interessierenden Probleme ein persönliches Ansehen erworben zu haben, das die Erhebung personeller Wünsche rechtfertigt? Sicher ist, daß diejenigen CDU-Gewerkschafter, die heute personelle Forderungen an den DGB stellen, selbst nichts getan haben, um ihren Anhängern auch nur die Möglichkeit zu geben, in der Diskussion mit der herrschenden Richtung im DGB ihren Mann zu stehen.“

Hinweise

Freie Gewerkschaftswelt widmet Nr. 101 in der Hauptsache den Problemen der *asiatischen* Arbeiter. Es wird festgestellt, daß in den freien Ländern Asiens heute doch schon 15 bis 16 Millionen Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisiert sind, freilich zum Teil in sehr kleinen Gewerkschaften, die keiner Föderation oder Landeszentrale angeschlossen sind. Die dem IBFG angeschlossenen Organisationen zählen nahezu 7 Millionen Mitglieder.

„Zwischen Traum und Tag“ heißt ein Aufsatz in *Die Gegenwart* (Nr. 24), in dem *Karl Loewy* (Jerusalem) auf sehr interessante Weise die heutigen Probleme und die nächsten Perspektiven des Nahen Ostens untersucht. Abschließend sagt der Verfasser: „Mit dem Entstehen freier Staaten in Afrika, die Anschluß an eine unabhängige Zivilisation suchen, als deren Träger Israel zu gelten beginnt, machen sich die ersten Anzeichen einer Veränderung der geopolitischen Stellung des Mittelmeers bemerkbar. Die Haltung Europas wird nicht mehr durch den Wunsch bestimmt, neue Rohstoffgebiete für

seine Industrie in Besitz zu nehmen. Die weiße Rasse fängt an, ihre Aufmerksamkeit auf die Verwandlung der unerschlossenen überseeischen Gebiete zu gleichberechtigten Partnern zu richten. Beide Welten werden diesem Ziel praktisch durch ein international geleitetes Notstandsprogramm näherkommen müssen, das in seine Berechnungen das Atom als volkswirtschaftlich verwendbare Energiequelle einzusetzen haben wird. In seiner augenblicklichen politischen Verfassung lebt der Nahe Osten diesen Ideen gegenüber in einem Zustand zwischen Traum und Tag. Mit dem Übergang des vom Nationalismus aller Schattierungen beeinflussten Denkens zu einer Realpolitik, die den Dingen von morgen Rechnung trägt, wird ein dem gegenwärtigen Zustand des Nahen Ostens konträrer Prozeß eingeleitet, der sich langsam aber unwiderstehlich durchsetzt. Das Zwischenspiel der Militärdiktaturen wird nicht imstande sein, seinen Vormarsch für die Dauer aufzuhalten.“

„Gibt es einen menschlichen Kapitalismus?“ fragt *Josef Hindels* in der österreichischen sozialistischen Monatsschrift *„Die Zukunft“* (Nr. 11). In einer ausgedehnten soziologischen Untersuchung der spätkapitalistischen Entwicklungsphase kommt der Verfasser zu der These: „Kapitalismus ist und bleibt Unmenschlichkeit“. Er belegt diese Behauptung u. a. an den Beispielen der algerischen Tragödie und der reaktionären Rolle des Kapitalismus in Asien und Afrika sowie an Hand der in vielen europäischen Ländern nachweisbaren autoritären Tendenzen im Spätkapitalismus.

Neue Deutsche Hefte (52) veröffentlichen eine außerordentlich interessante Arbeit „Aus Bertolt Brechts späten Jahren“, für die dem Verfasser *Wolfgang Paul* eine Reihe bisher unbekannter Gedichte und Äußerungen von Brecht zur Verfügung stehen, die wesentliche Punkte seines Verhaltens in Ost-Berlin in einem neuen Licht erscheinen lassen. Der Verfasser will nicht Brecht „für diese oder jene Front in Deutschland gewinnen“, wohl aber die letzten Lebensjahre Brechts so wahrheitsgetreu wie möglich schildern: „Brecht war nie bequem. Auch jetzt, nach seinem Tode, sollte er es für niemanden werden.“ In Brechts Nachlaß warte die Wahrheit auf die Veröffentlichung; als ein Beispiel aus diesem Nachlaß sei hier ein Gedicht zitiert, das Brecht 1953 schrieb.

„Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
 Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
 In der Stalinallee Flugblätter verteilen
 Auf denen zu lesen war, daß das Volk
 Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
 Und es nur durch verdoppelte Arbeit
 Zurückerobern könne. Wäre es da
 Nicht einfacher, die Regierung
 Löste das Volk auf und
 Wählte ein anderes?“

W. F.